

# Beilage zu Nr. 194 des Grenzboten.

Neuenbürg, Donnerstag den 10. Dezember 1896.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 7. Dez. Unter der Kinderwelt ist gegenwärtig die Masern-Krankheit (Rotes Flecken) verbreitet; doch sind einzelne Fälle dieser Epidemie ohne bedenkliche Folgen. Die Säcken in einzelnen Schulen sind auffallend. In Schömberg fehlten kürzlich mehr als die Hälfte der Schüler und die Kinderkrankheit steigerte sich in den letzten Tagen so, daß die Schule für 3 Wochen geschlossen wurde. — Von der hiesigen Kleinkinderschule sind augenblicklich etwa 2/3 erkrankt.

Neuenbürg, 31. Dez. Mit dem 31. Dezember verfahren — wo nicht besondere Bedingungen vereinbart sind — alle 3-jährigen Forderungen für Waren, gefertigte Arbeiten, verfallene Zinsen &c.; es ist daher hauptsächlich Aufgabe der Kaufleute und Handwerker, sofern sie sich vor etwaigem Schaden schützen wollen, ihre bezüglichen Forderungen noch vor dem 31. Dezember geltend zu machen oder dieselben von dem Schuldner anerkennen zu lassen. Etwaige Schuldforderungslagen sind so zeitig einzureichen, daß dieselben noch vor dem 31. Dezember Rechtskraft erlangen.

Wildbad, 7. Dez. Heute früh gegen 6 Uhr zeigte sich über unserer Stadt ein prachtvolles Meteor in Gestalt einer intensiv hellleuchtenden großen Kugel, in der Richtung von Ost nach West sich hinziehend, mit langem Schweif. Nach und nach nahm die Kugel eine rote Färbung an, und zerplatzte alsdann unter zweimaligem stark vernehmbarern Knall nach allen Richtungen.

Wildbad, 3. Dez. (Verspätet.) Ein seltenes Familienglück hat sich ein hiesiger Arbeiter zu erfreuen. Nämlich seine Frau erfreute ihn voriges Jahr mit Zwillingen und heute Morgen zur Abwechslung mit Drillingen. Mutter und Kinder sind wohl auf!

Pforzheim, 8. Dez. Gestern abend 9 Uhr wurde der Sohn des Hrn. Kaufmanns Bäuerle in der Luisenstraße vor dem Postgebäude von einigen Strolchen durch Messerstiche in den Kopf verlegt. Die Thäter sind entkommen, doch ist deren alsbaldige Festnahme zu erwarten. (P. Anz.)

## Deutsches Reich.

### Enthüllungen.

Im Prozeß Ledert-Lügow, der soeben vor einem Berliner Gerichtshof verhandelt wurde, handelte es sich darum, gerichtlich eine Aufklärung darüber herbeizuführen, wo die Intriganten zu suchen sind, die seit Jahren durch Zeitungartikel in die leitenden Kreise Feindschaft und Mißtrauen hineinzutragen bemüht waren. Insbesondere wurde der Staatssekretär Freiherr Marschall von Bieberstein beim Kaiser anzuschwärzen gesucht, als ob er der Urheber der Intriguen sei. Die Verhandlungen ergaben, daß es sich hier um ein politisches Ereignis ersten Ranges handelt, zumal da auch auf die Ursachen der Entlassung der Minister v. Köller und Bronsart v. Schellendorff Licht gefallen ist.

Freiherr v. Marschall ging mit rücksichtsloser Entschiedenheit vor, um das Intriguen-gewebe zu zerreißen. Er stellte fest, daß alle Freßgerüchte über die doppelte Lesart des Jarentspruchs in Breslau eitel Schwindel waren und daß das Auswärtige Amt mit den Angeklagten Ledert und Lügow durchaus nicht in Beziehungen gestanden habe, wie diese vorgeben. Auch der Reichskanzlerjohn wurde in dieser Angelegenheit als Zeuge vernommen. Eine wichtige Rolle spielte in dem Prozeß die Frage, wer den vielerwähnten Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten“ über die Militärstraf-prozessordnung verfaßt hat. Dieser Artikel konnte nur durch eine Indiskretion der leitenden Kreise in die Öffentlichkeit gelangt sein. In

einem Blatte wurde Herr v. Köller der Indiskretion beschuldigt. Sie ebenso großes Aufsehen erregte ein Artikel der „Adnischen Zeitung“ über das Schicksal der Militärvorlage, weil er große Bekanntheit mit geheimen Dingen enthielt und anknüpfend an die Pensionierung des Generals von Spitz Angriffe gegen den General v. Hohnke richtete. Im Ministerium des Innern waren über den Verfasser des Artikels Erhebungen angestellt worden, und es wurde als angeblicher Verfasser der Korrespondent v. Huhn ermittelt und als solcher auch an höchster Stelle gemeldet. Da Herr v. Huhn auch im Auswärtigen Amte verkehrte, so stellte Freiherr v. Marschall fest, daß Herr v. Huhn nicht der Verfasser ist, und erfuhr aus dem Ministerium des Innern, daß die falsche Beschuldigung vom Kriminal-Kommissar v. Tausch stamme. Herr von Marschall stellte auch fest, daß der Verdacht, die Nachricht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ komme aus dem Ministerium des Innern, zuerst von Herrn v. Tausch erhoben worden ist.

Herr v. Tausch hat 18 Jahre lang den Posten eines Kommissars der politischen Polizei in Berlin bekleidet. Er hat die Nachforschungen in der Angelegenheit v. Köpfe in den Händen gehabt. Er führte die Landesverratsprozesse, er trat in Thätigkeit, wo immer politische Interessen die Hilfe der Polizei erforderlich erscheinen ließen. Nun beschuldigte der Angeklagte von Lügow den Kriminalkommissar v. Tausch, daß dieser ihn zu seinen Artikeln angeflüstert habe. Der Eindruck dieser Enthüllungen war um so gewaltiger, als v. Tausch in vierstündigem Kreuzverhör in vielen Punkten befriedigende Auskunft nicht zu geben vermochte. In kurzer, podender, den Ferkstehenden höchst überraschender Weise zeigte der Staatssekretär Freiherr von Marschall, wie die Thätigkeit der Geheimpolizei seit dem Amtsantritt Caprivis immer in Verdächtigungen des Auswärtigen Amtes bestanden habe. Der Gang der Verhandlung hat die Schuld des Herrn v. Tausch erwiesen; wenigstens beschloß der Gerichtshof dessen Verhaftung wegen dringenden Verdachts des wissentlichen Meineids.

Freiherr v. Marschall wies darauf hin, daß zwischen dem Auswärtigen Amte und der Polizei ein äußerst gespanntes Verhältnis bestehe und dem zufolge das Auswärtige Amt seit vier Jahren die Dienste der politischen Polizei nicht mehr in Anspruch nimmt. Namentlich seien seit Jahren die Vertrauensmänner des Herrn von Tausch unlautere Persönlichkeiten gewesen. Er schloß mit den Worten: „Wenn die Vertrauensmänner des Herrn v. Tausch sich erdreisten, mich, meine Beamten und das Auswärtige Amt zu verleumden, so flüchte ich mich in die Öffentlichkeit und brandmarke dies Treiben!“

Es ist wohl das erste Mal in der preussischen Geschichte, daß ein Minister von der Stellung des Frhrn. v. Marschall genötigt wird, in dieser Weise vor Gericht zu erscheinen und durch Aufdeckung nichtnütziger und durschtriebener Künste, die gegen ihn geschwiebet wurden, einen Teil seiner Gegner zu entwaffnen und zu vernichten. Mit nicht genug anzuerkennender Sorgfalt wirken der öffentliche Ankläger und das Gericht zusammen, alle Unklarheiten aufzudecken.

In seinem Plaidoyer führte der Oberstaatsanwalt Drescher aus, die politische Bedeutung des Prozesses sei nicht in der Person der Angeklagten begründet, liege vielmehr in der Person der Beleidigten und dem Gegenstande der Beleidigung. Die Hauptaufgabe des Prozesses war, zu beweisen, daß alle seit langem gegen das Auswärtige Amt erhobenen Vorwürfe unwahr seien. Dies sei nach jeder Richtung hin in vollm Umsange gelungen. Es wurde unwiderleglich dargelegt, daß nicht ein Schatten von Verdacht auf den Beamten des Auswärtigen ruht. Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen Ledert jun. und Lügow je 1 1/2 Jahr Gefängnis, gegen Ploetz 1 Monat, gegen Berger 2 Monate Gefängnis, gegen Ledert sen. Freisprechung.

Der Gerichtshof schloß sich hinsichtlich der beiden Ledert u. Lügows dem Antrage des Staatsanwalts an, Berger erhielt ein Monat Gefängnis, Ploetz 500 M Geldstrafe. Natürlich ist damit die Sache noch nicht zu Ende; denn es kommen nun noch ein Prozeß gegen Lügow wegen Urkundenfälschung und der Meineidsprozeß gegen Tausch an die Reihe. Beide werden wohl neue Enthüllungen bringen, um so mehr als Tausch bei seiner Abführung drohend sagte: Jetzt werde ich reden und nichts soll verschwiegen werden! Und es ist leider zu vermuten, daß er nur zu viel zu reden hat.

Die politische Polizei ist beispiellos kompromittiert, und die Vorgesetzten des Herrn von Tausch haben alle Ursache, eifersüchtig auf Herrn von Marschall zu sein, der es zu Wege gebracht hat, den politischen Brunnenvergiftern die Maske vom Antlitze zu reißen.

Die sensationelle Wendung im Prozeß Ledert-Lügow hat bereits eine besondere Sitzung des preussischen Staatsministeriums veranlaßt, welcher neben den sämtlichen Ministern auch die Staatssekretäre Nieberding und von Marschall beiwohnten. Selbstverständlich entziehen sich die Beschlüsse des Ministerrats noch der Kenntnis der Öffentlichkeit.

Berlin, 8. Dez. Den Abendblättern zufolge ist die Haftentlassung des Kriminalkommissars v. Tausch gegen die Stellung einer Kaution abgelehnt worden. — Das „Berliner Tagblatt“ veröffentlicht ein Schreiben Eugen Wolffs aus Tientsin, worin bestätigt wird, daß Bi-Hung-Tschang in Ungnade gefallen sei. Man werde ihn in Peking behalten und ihm wohl die zweitöchteste Stelle im Staatsrate, dessen Oberhaupt ein Prinz sei, geben.

Berlin. In der Samstagssitzung des Reichstags ist vom Staatssekretär des Reichsschatzamt, Grafen Posadowsky endlich die schon lang erwartete Erklärung abgegeben worden, daß neben der beschlossenen Zinsherabsetzung der 4prozentigen preussischen Staatsanleihen nunmehr auch die Umwandlung der 4prozentigen Reichsanleihen bevorsteht. Die betreffende Vorlage soll nächstens eingebracht werden und würde ihr Inhalt nach der weiteren Versicherung des Herrn Staatssekretärs, im Wesentlichen demjenigen der preussischen Konvertierungsvorlage entsprechen. Letztere selbst ist am Samstag vom Abgeordnetenhause in dritter Lesung endgültig und unverändert angenommen worden.

Die Handwerker-Vorlage. Staatssekretär von Bötticher hat kürzlich im Reichstage über das Schicksal des Verleyschen Entwurfs im Bundesrat Mitteilungen gemacht, die in mehrfacher Hinsicht eine interessante Ergänzung erfahren durch folgendes, was der „Allg. Ztg.“ aus Berlin geschrieben wird: Es trifft im wesentlichen zu, daß der Bundesrat einen Ausschuß niedergesetzt und mit der Mission betraut hat, zu versuchen, ob sich aus der preussischen Handwerker-Vorlage das heraus-schälen lasse, was auch den süddeutschen Staaten annehmbar erscheint. Wenn aber mitgeteilt worden ist, der Vorschlag hierzu sei auf Bayern zurückzuführen, so darf dabei nicht unerwähnt gelassen werden, daß Bayern dazu riet, einen solchen Versuch zu machen, nachdem der Antrag Württembergs, die Zwangsorganisation aus der preussischen Vorlage zu streichen, mit Stimmenmehrheit im Bundesratsauschusse zur Annahme gelangt war. Eine eigentliche Marschroute ist dem Unterausschusse nicht gegeben worden, in seiner Zusammenfassung aber liegt schon ein deutlicher Fingerzeig, wo hinaus die Reise geht. Außer Preußen sind Bayern, Württemberg, Baden und Hessen in ihm vertreten, jeder dieser Staaten hat eine Stimme. Vorausichtlich wird der Ausschuss bis gegen Weihnachten arbeiten und versuchen, etwas zu erreichen, was unerreichbar zu sein scheint; alsdann aber dürfte die

tschem Malz;

okayer

Eigenschaften der...  
gungende u. kräftigende...  
cht zu verwechseln...  
n, wie sie wohl im...  
lich Gemische von...  
Die Malton-Weine...  
oducte.

Mark 2.—

eren Handlungen...  
k. Stuttgart.

ndem Werte.

ryton, neueste...  
egen Monatsnoten...  
kompletten Wertes.

ryton, neueste...  
arsnotaten von nur...  
ienenen 13 Bände...  
ch dem Erscheinen

10 Prachtbände...  
en Wertes gegen

ischen Institutis in...  
30 Bände werden...  
l franko geliefert...  
gestattet.

en 4 Prachtwerke...  
werden von credit...  
Grenzboten zur...  
genangenen.

graphie=

Album,

e= und

en=Album

C. Meel.

v. Trunksucht.

Anweisung nach 20-...  
robierter Methode...  
gen radikalen Be-...  
it, auch ohne Vor-...  
vollziehen, keine...  
ang, Briefen sind...  
Briefmarken beizu-...  
effiere:

Villa Christina...  
Schweiz). Brief-

brochene,

Holz u. f. w. Kittel...  
rühmlichst bekannt...  
prämiierte

aufer-Kitt,

hern à 30 und 50

leeh, Schreibwählg...  
ildbreit.

henke.

M. 2.40 Pfennige

3.30 "

2.80 "

4.80 "

4.50 "

duzierten Preisen

Stücken franco

nd.

Anzug M. 5.85 Pfg.

8.65 per Meter...  
und steuerfrei ins

a.) Zürich.



Frage voraussichtlich noch einmal vor das preussische Staatsministerium gebracht werden, und es liegt dann wohl nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, daß die Vorlage, für die, bevor sie an den Bundesrat ging, sämtliche Minister, mit Ausnahme des Fürsten Hohenlohe und des Herrn von Bötticher, votiert haben, wieder zurückgezogen werden wird.

Von der badischen Grenze, 7. Dez. Die Bad. Natib. Korrespondenz spricht sich in ihrer neuesten Nummer sehr energisch gegen die Nationalsozialen aus, fordert sodann die Parteigenossen zu energischer Arbeit im Wahlkreise des verstorbenen Fürsten zu Fürstenberg auf und erklärt sich zuletzt für eine baldige Verständigung zwischen den Nationalliberalen und Konservativen über die Marinenvorlage, damit dem Zentrum nicht wieder Gelegenheit gegeben werde, sich in entscheidender Stunde der Regierung als Stütze zur Verfügung zu stellen und sie von der Unentbehrlichkeit des Zentrums zu überzeugen.

(Eingefendet.) Wie wir bereits gemeldet, jährt sich am 1. Mai kommenden Jahres zum 25. Male der Tag, an dem die Universität Straßburg eröffnet worden ist. Um diesen Tag festlich zu begehen, hat sich ein Festauschuß gebildet aus Mitgliedern des Studentenausschusses und ehemaligen Studierenden der jüngsten Hochschule des deutschen Reiches. Das nähere Programm ist noch nicht festgestellt, doch steht fest, daß das Fest in den Tagen vom 30. April bis 3. Mai 1897 stattfinden wird. Alle diejenigen, welche der Wilhelma Argentinersis angehört haben, und die sich an der Feier, über die z. B. näheres bekannt gegeben wird, beteiligen wollen, werden freundlichst ersucht, ihre Adresse zu senden an den Festauschuß der Studentenschaft und der ehemaligen Studierenden der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg.

Ein lebensmüder Herr aus Karlsruhe ließ sich von einer Droschke nach Maxau fahren. An der Ehemann'schen Wirtschaft zu Maxau entledigte er sich seines Havelocks und sprang in die Fluten des Rheins, um sich zu ertränken. Das kalte Wasser jedoch scheint ihm wieder Lebensmut eingeflüßt zu haben, denn er schwamm wieder dem Ufer zu und mit einem späteren Zuge lehrte er, noch durchnäht, nach Karlsruhe zurück.

**Württemberg.**

Ulm, 7. Dez. Wie von Leipzig hierher gemeldet wird, ist die Falschmünzergesellschaft, die jahrelang in den größeren Städten Deutschlands falsche silberne Fünfsmarkstücke verausgabte und endlich im April d. J. in Ulm verhaftet wurde, vom Leipziger Schwurgericht dieser Tage abgeurteilt worden. Der Hauptverbrecher, der Kolporteur Fuchs von Leipzig erhielt zehn Jahre Zuchthaus, seine Gehilfin und Mitschuldige, die Nähterin Fany Bauer von Weiffenfels in Sachsen, 2 Jahre 2 Monate, deren Schwester Ella 7 Monate Gefängnis zuerkannt.

Infolge Verschuldens einer Bohne starb in Cannstatt ein 2 1/2 Jahre altes Kind des Gasarbeiters Eith. Die Bohne hat sich in der Luftröhre festgesetzt.

Untertürkheim, 3. Dezbr. Gestern und heute wurden auf einem an der Wilhelmstraße gelegenen Bauplatz beim Graben des Keller's vier Gräber aufgedeckt, in welchen Urnen und Schmuckgegenstände und in jedem ein Glas gefunden wurde. Auf Veranlassung des Oberreallehrers a. D. Fritz kam ein Sachverständiger hierher, in dessen Beisein die Grabarbeiten ausgeführt wurden. Die Skelette waren teilweise wohl erhalten. Man vermutet eine alemannische Begräbnisstätte.

Stuttgart. [Landesproduktendörse. Bericht vom 7. Dezember, von dem Vorstand Fritz Kreglinger.] Amerika notierte am Schluß der Woche etwas ruhiger für Weizen, Rußland und Rumänien behaupten ihre Preise fest. Der Konsum verhielt sich bei unveränderten Preisen immer noch sehr zurückhaltend. Die Landmärkte verkehrten in der vorwöchigen Tendenz. — Weizenpreise ebenso.

**Ausland.**

Wien, 8. Dez. Auf dem Felzdorfer Steinfeld bei Wiener Neustadt erfolgte gestern

die Explosion einer Granate wobei 2 Kanonier getötet, ein Hauptmann und ein Vormeister schwer verwundet wurden.

Paris, 7. Dez. Das Unwetter das vorgestern Nacht an der Nord- und Westküste Frankreichs herrschte, hat große Verheerungen angerichtet. Das Fischerstädtchen Penmarc'h in der Bretagne wurde durch eine Springflut plötzlich überschwemmt und zahlreiche Ortsbewohner mußten sich auf die Dachböden retten. An 50 Fischerbote wurden von ihrer Verankerung losgerissen und ins offene Meer hinausgetrieben. In der Nähe von Les-Sables-d'Alonne (Dep Vendee) ging ein mit 8 Fischern bemanntes Boot unter. Mehrere andere Schiffe werden vermisst.

Der Oberbefehlshaber der britischen Armee, Viscount Wolseley, hat schon zu wiederholten Malen öffentlich auf die großen Mängel hingewiesen, an denen das englische Heer seiner Zusammensetzung und seiner Ausbildung nach leidet, und schriftlich wie mündlich die ihm geeigneten Reformvorschläge gemacht. Neulich hat nun der Lord mit einem für britische Ohren gewiß überraschenden Nachdruck die bei uns herrschende allgemeine Wehrpflicht gepriesen, während die Engländer bisher nur mit Verachtung das landläufige und bequeme Wort „Militarismus“ im Munde führten. Lord Wolseley führte aus, daß der Krieg von 1866 die Einheit Deutschlands sicherte, während der von 1870 diese Einigkeit, die der Traum der deutschen Dichter und die Sehnsucht der Denker im „Vaterland“ war, befestigte. „Die militärische Ausbildung aller Klassen, welche der allgemeine Militärdienst mit sich bringt,“ fuhr Redner fort, „hat die deutsche Einigkeit schnell gefestigt und aus dem, was lediglich eine Gruppe von zerstreuten Provinzen war, eine Nation gemacht; diese Ausbildung hat viel beigetragen zu der Gründung des großen und herrlichen deutschen Reiches von heute. Eine starke und gesunde Armee gab einem Volke Kraft, war der Wächter der Ehre und der Interessen der Nation und der Schirm ihres Rechts und ihrer Freiheit.“ — In dieser berichtigten Vorstellung liegt gewiß ein beachtenswertes Zeichen der Zeit. Uebrigens sind Anerkennungen der deutschen Wehrfähigkeit von englischer Seite mit Vorsicht zu genießen, weil dabei gewöhnlich der Wunsch, Deutschland möchte seine Wehrkraft in englische Dienste stellen, der Vater des Gedankens ist.

Der neugewählte amerikanische Kongreß ist am Montag durch die übliche Vorhast des Präsidenten Cleveland eröffnet worden. Dieselbe spricht sich in ihren Kernpunkten für eine Stärkung des Staatsschatzes der Union durch eine weise Sparsamkeitspolitik anstatt neuer Steuern aus und empfiehlt eine Währungsreform mittels Erzeugung des „Greenbacks“ durch staatlich anerkannte Notenausgaben der Banken. — Das von der republikanischen Partei geplante neue amerikanische Tarifgesetz will im Allgemeinen an die Stelle der Wertvolle Gewichtsätze setzen und die Zölle auf Wollenzuge, Sammt, Plüsch und Zinkblech erhöhen, sowie die Zölle auf Wolle, Bauholz und Eier wieder einführen.

**Der Eid.**

Die eidliche Aussage der Zeugen bezw. Parteien bildet die Grundlage des Beweisverfahrens vor den deutschen Gerichten und ist von entscheidender Bedeutung für den Ausgang der Straf- und Zivilprozesse. Um dem großen Publikum das Schwergewicht des Eides für die Rechtspflege möglichst eindrucksvoll zu machen, hat man den konfessionellen Eid beibehalten und die bewußte falsche eidliche Aussage als Meineid unter strenge Zuchthausstrafen gestellt. Die Eidesleistung soll dem Schwörenden als eine heilige Handlung erscheinen, die niemand ungerührt entweicht. Das ist voll begründet durch den Zweck im Recht. Aber soll die Heiligkeit des Eides in ihrer ganzen Erhabenheit aufrecht erhalten bleiben, so ist es unerlässlich, erstens daß der Eid nur dann zur Anwendung kommt, wenn er von besonderer Erheblichkeit für die Beurteilung eines Rechtsfalles ist, und zweitens, daß das Zeugnis, welches durch ihn bekräftigt werden soll, scharf umgrenzt ist.

Der Befehlgeber hat bei der großen Reichsjustizreform in dieser Hinsicht mehrfach gefehlt. Er hat die menschlichen Schwächen zu wenig berücksichtigt, sowohl beim Richter wie beim Laienpublikum, indem er zwar das dankenswerte Prinzip der vollkommen freien Beweiswürdigung aufstellte, aber, von Einzelfällen abgesehen,

den Eid zugleich obligatorisch machte und noch obenein den sogenannten Boreid einführt. Ob es sich auch um die allernächst wichtige Sache handelte, — wer bisher als Zeuge vor die Gerichtsbänke gerufen wurde, mußte wohl oder übel zunächst die rechte Hand hochheben und dem Richter die Eidesformel nachsprechen, mit dem Schwur, nur die reine Wahrheit zu sagen, nichts zu verschweigen oder hinzuzufügen.

Durch diese Bestimmungen sind große Nachteile veranlaßt worden. Zunächst erhält die Eidesleistung dadurch vielfach einen rein geschäftsmäßigen Anstrich; jedenfalls verliert der Eid seinen heiligen Charakter und demgemäß an Ansehen, und die Versuchung zur Ableistung eines Meineides nimmt zu. Noch viel schlimmer ist es, daß der Boreid selbst den redlichsten Zeugen fast bei jeder nicht auf das Feinste überlegten Neugier der Gefahr, meineidig zu werden, aussetzt. Welcher Mensch, selbst unter den höchsten gebildeten, ist im Stande, bei der nur zu leicht Platz greifenden Befangenheit vor dem Gericht jedes Wort vorher streng abzuwägen und auf jede Frage des Richters die rechte Antwort zu geben? Die geringste Unrichtigkeit, wenn sie nicht sofort widerrufen wird, macht aber den Zeugen schon meineidig. Da im Strafprozeß die eidlichen Aussagen nicht einmal so genau protokolliert werden, wie im Zivilprozeß, so hat hier gleichzeitig die gemeine Rache und Niedertracht den freisten Spielraum, um einem Zeugen später hundert Worte in den Mund zu legen, die er fälschlich geäußert haben soll, und ihn daraufhin des Meineides zu bezichtigen. Zahllos sind die Fälle, in denen auf diese Weise Anzeigen wegen Meineids, lange Voruntersuchungen und selbst Anklagen wegen Meineids veranlaßt worden sind.

Andererseits macht sich beim Richter, besonders beim Einzel- und Schöffengericht, z. B. bei großer Ueberbürdung, die Neigung geltend, die Verhandlung rein formalistisch zu führen, sein Urteil einfach auf den abgeleiteten Zeugeneid zu stützen und von der freien Beweiswürdigung nur in besonders Ausnahmefällen Gebrauch zu machen. Es ist daher den verbündeten Regierungen zu danken, daß sie in der jetzt im Reichstage beratenen Justiznovelle den Boreid durch den Racheid zu ersetzen entschlossen sind. Sie wollen ferner den Zeugen unbeeidigt lassen, wenn das Gericht einstimmig seine Aussagen für offenbar unglauwürdig oder unerheblich hält und letzteren Falls die Beeidigung vom Angeklagten nicht beantragt ist. Die Kommission hatte diese Vorschläge angenommen, mit dem Zusatz, daß vor den Schwurgerichten die Beeidigung nicht stattfinden muß, damit die Geschworenen nicht durch die richterliche Beanstandung eines Eides in ihrem Urteil vorbeeinflusst werden. Der Reichstag beschloß dementsprechend, sodas der Eid künftig wieder mehr in seiner Heiligkeit zur Geltung gelangen wird.

Weinachtsmalkronen. 120 Gramm Mandeln werden mit einem Luche abgerieben und in den noch warmen Bratofen gelegt, um gut auszutrocknen. Dann rührt man einen Teil davon im Wasser, verreibt diesen mit einem Eiweiß. Schließlich wird die ganze Masse mit 240 Gramm Zucker und noch einem Eiweiß so lange verrührt, bis sie, wenn man sie in die Höhe zieht, stehen bleibt. Davon formt man kleine Häufchen auf einem mit Oblatten belegten oder mit Wachs beschriebenen Blech und bäckt sie langsam bei mäßiger Hitze. Die Mandeln sind also ungeschält zu verwenden.

[Immer derselbe.] Mathematiker (zu seiner Braut): „Also von heute an erhältst du durchschnittlich zehn Küsse den Tag, macht 3650 Küsse im Jahr . . . zu mehr habe ich keine Zeit!“

Auf mehrseitigen Wunsch wiederholt aus Nr. 196 vom 15. Dez. 1892:

**'S Mütterle thut heut Springerle bade!**

'S Mütterle thut heut Springerle bade,  
'S Frizle guckt zu —  
'Ei, wie d' Springerle herrlich duftet!  
Hot er denkt, der Bua.

Reife zupft mein Frizle d' Mutter  
So e Male drei:  
'Mütterle, schwäy' derweil an ebbes!  
Hot er g'sait derbei.

'J' han jezt kein Zeit zum Schwäbe,  
Loh mer nur mei Ruh',  
D' Springerle muß i fertig bade,  
Geh', du närr'cher Bua!"

Doch mei Frizle zupft se wieder  
So e Male drei:  
'Mütterle, horch, so schwäy' doch ebbes,  
'S' isch ja glei vorbei!"

'Blög' mi net, i mag net schwäbe,  
Hot mer gar lei Ruh'!  
Da soll Einer Sprengerle bade,  
Ni so'm böse Bua!"

Doch mei Frizle zupft halt stärker  
So e Male drei:  
'Mütterle, bit' schön, schwäy' mer ebbes,  
'W'is' s' isch glei vorbei."

'Han' halt' mal lei Zeit zum Schwäbe!  
'Warum denn lei Zeit?  
Kann'ich net sage: „Bill'ich e Springerle?  
Dees isch doch glei g'sait!"

